B-40 Freidays für die Zukunft

Antragsteller*in:	Anja Lamodke (KV Bonn)
Tagesordnungspunkt:	NRW zukunftsfit machen – mit diesen Projekten fördern wir gerechte Bildung, die für ein Leben im Wandel rüstet (Bildung, Kita, Wissenschaft, Hochschule, ...)

Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen

Das Land sorgt dafür, dass Schulen Spielräume erhalten, alternative, auch hybride Formen des Unterrichts, Varianten in der Stundentafel, Zusammenführung von Fächern (z.B. in den Naturwissenschaften), systematischer Wechsel der Lernorte, Kooperation mit unterschiedlichen Partnern umzusetzen.

Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?

Freiheit Unterrichts- und Schulentwicklung selbstständig zu gestalten

Zukunftsfähige Demokratie braucht die Freiheit der Schulen. Hohe Zustimmungswerte bei Schulen sind zu erwarten.

Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen

Umsetzung von Themen, die (noch) nicht in den Kernlehr- und Bildungsplänen vorhanden sind, ist unkomlpiziert möglich.

Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich?

Zu prüfen ist, ob eine schulgesetzliche Regelung erforderlich ist oder eine Rechtsverordnung reicht. Auf jeden Fall ist ein Vorlauf von etwa einem Jahr für einen Dialogprozess mit allen Beteiligten erforderlich. Start dann zum Schuljahr 2023/2024. In den Schulen werden alle Gruppen, d.h. Schüler*innen, Eltern, Partner der Zivilgesellschaft (Jugendhilfe, Kultur, Sport etc.) beteiligt.

Unterstützer*innen

Norbert Reichel (KV Bonn); Sebastian Heuer (KV Bonn); Andreas Niessen (KV Köln); Wilhelm Roer (KV Soest); Manni Beck (KV Gelsenkirchen); Thomas Scherer (KV Köln); Benjamin Limbach (KV Bonn); Jean-Philippe Büttner (KV Düsseldorf); Sylvia Löhrmann (KV Solingen); Reiner Daams (KV Solingen); Eva Kuzu (KV Bonn); Clara Hennes (KV Bonn); Patrick Fick (KV Bonn); Paul Brückner (KV Bonn); Susanne Blasberg-Bense (KV Hagen); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Nihat Mert (KV Bonn); Julia Eisentraut (KV Lippe); Hendrik Flöttmann (KV Soest); Jutta Maybaum (KV Soest); Stephan Henke (KV Soest); Christiane Bainski (KV Wuppertal); Sigrid Beer (KV Paderborn); Irina Prüm (KV Leverkusen); Rainer Michaelis (KV Coesfeld); Lena Maria Zingsheim-Zobel (KV Mönchengladbach); Ulrich Meier (KV Bonn); Derya Gür-Seker (KV

Rhein-Sieg); Andreas Falkowski (KV Rhein-Sieg); Robert de la Haye (KV Rhein-Sieg); David Fischer (KV Gelsenkirchen); Rolf Beu (KV Bonn); Martina Lilla-Oblong (KV Gelsenkirchen); Timo Hauschild (KV Bonn); Falco Weichselbaum (KV Bonn)

Anja Lamodke, KV Bonn, anja.lamodke@gruene-bonn.de

Dr. Norbert Reichel, KV Bonn, norbert.reichel@netcologne.de

Projekttitel: Freidays für die Zukunft.

Kurzbeschreibung: Das Land sorgt dafür, dass Schulen Spielräume erhalten, alternative, auch hybride Formen des Unterrichts, Varianten in der Stundentafel, Zusammenführung von Fächern (z.B. in den Naturwissenschaften), systematischer Wechsel der Lernorte, Kooperation mit unterschiedlichen Partnern umzusetzen.

Übergeordnetes Ziel: Schulen erhalten die Freiheit, ihre Unterrichts- und Schulentwicklung selbstständig und möglichst frei von Vorgaben zu gestalten.

Voraussetzungen: Die bisherigen „Schulentwicklungskonferenzen“ werden abgeschafft. Anzeige von von den rechtlichen Vorgaben abweichenden Vorhaben genügt. Entscheidend für das Gelingen ist Klarheit über die Erwartungen in den Abschlussklassen. Der Ausbau des Fortbildungs- und Schulentwicklungssystems sorgt für die notwendige Unterstützung (siehe auch Qualitätsberatung).

Politisches Potenzial: Zukunftsfähige Demokratie braucht die Freiheit der Schulen. Hohe Zustimmungswerte bei Schulen sind zu erwarten.

Konkrete Umsetzung: Zu prüfen ist, ob eine schulgesetzliche Regelung erforderlich ist oder eine Rechtsverordnung reicht. Auf jeden Fall ist ein Vorlauf von etwa einem Jahr für einen Dialogprozess mit allen Beteiligten erforderlich. Start dann zum Schuljahr 2023/2024. In den Schulen werden alle Gruppen, d.h. Schüler*innen, Eltern, Partner der Zivilgesellschaft (Jugendhilfe, Kultur, Sport etc.) beteiligt.

Erläuterungen: Die FDP verspricht in ihren Programmen ein Schulfreiheitsgesetz. Davon ist bisher nichts zu sehen. Stattdessen wurden die Schulen gegängelt, vor allem während der Pandemie. Innovative Ansätze wurden abgewürgt und unterbunden.